

Kurzmeldungen September 2008

Emissionshandel für den Luftverkehr

Ab 2012 sollen der gesamte Flugverkehr in der EU in den Emissionshandel einbezogen werden. Das EU-Parlament beschloß den von den Regierungen erzielten Kompromiß. Demnach sollen die Fluggesellschaften 85% der Emissionsrechte zugeteilt bekommen und den Rest über Versteigerungen erwerben. Darin sollen auch Interkontinentalflüge einbezogen werden.

Quelle: FAZ 9.7.08

Emissions-Register von EU und UN

Die EU und die UNO wollen ihre Register über Kohlenstoffdioxid-Emissionen verbinden. Damit soll das Verrechnen von CO₂- Guthaben für Maßnahmen zur Verringerung des Schadstoffausstoßes in Drittländern mit Emissionsrechten in Europa erleichtert werden. In dem Register der Vereinten Nationen werden unter anderem Gutschriften für CO₂-Ausstoß geführt, die Unternehmen dadurch erwerben, dass sie in Drittstaaten - beispielsweise Indien und China - zur Emissionsverringerung beitragen. Diese Gutschriften können gemäß dem Kyoto-Protokoll dann angerechnet werden, wenn es um Emissionsrechte in der EU geht. Der Zusammenschluss mit dem EU- Register soll diese Verrechnung künftig wesentlich vereinfachen.

Quelle: dpa 6.8.08

Emissionshandel

Ab 2013 sollen 20% der Emissionszertifikate versteigert werden. Dagegen gibt es Widerstand. Vor allem die osteuropäischen EU-Staaten lehnen die vollständige Versteigerung der Emissionszertifikate für Stromerzeuger ab. Polen fordert die Begrenzung der Preise für Emissionszertifikate.

In Deutschland streiten sich Wirtschafts- und Umweltministerium, ob es Ausnahmen für neu gebaute Kohlekraftwerke und bestimmte Industriebranchen geben soll. So werden Ausnahmen besonders für neue Kohlekraftwerke mit verringerten Kohlendioxidemissionen gefordert.

Stromintensive Wirtschaftszweige, wie die Stahl- oder Zementindustrie sollen auch nach 2013 die Zertifikate noch kostenlos erhalten. Das Wirtschaftsministerium will sogar für bis zu 80% des gesamten CO₂-Ausstoßes der Industrie Befreiungen haben.

Umweltministerium und EU-Kommission wollen die Entscheidung über Ausnahmen vom Emissionshandel davon abhängig machen, wie stark die Unternehmen im Wettbewerb stehen.

Außerdem wird geplant, energieintensiven Branchen für die Ersteigerung der Zertifikate eine Kompensation zu geben, solange es noch keinen weltweiten Zertifikatehandel gibt. Der Industriausschuß des EU-Parlaments sprach sich gegen die von der deutschen Industrie geforderten Ausnahmen aus. Bis 2020 sollen die Emissionszertifikate vollständig versteigert werden.

Quelle: FAZ 11., 15.+16.9.08, dpa 11.9.08

EU will Umweltschäden in die Maut einbeziehen

Die EU-Länder sollen nach einer neuen Richtlinie der EU-Kommission bei der Berechnung der Mautgebühren für den Schwerlastverkehr die externen Kosten durch Staus, Lärm und

Luftverschmutzung miteinbezogen werden. Bisher werden nur die Kosten für den Erhalt der Straßen in der Maut berücksichtigt. Dadurch soll das Verursacherprinzip gestärkt werden.

Der CDU-Europaabgeordnete Jarzembowski und Wirtschaftslobbyisten kritisierten diese Richtlinie scharf.

Quelle: FAZ 9.7.08

Mindestlöhne

Die Bundesregierung hat keinen einheitlichen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn beschlossen. Stattdessen soll es Branchen-Mindestlöhne geben. Über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz können Tarifverträge als allgemeinverbindlich festgelegt werden, wenn min. 50% der Arbeitgeber der Branche tarifgebunden beschäftigt werden.

Über das Mindestarbeitsbedingungengesetz können für Branchen mit geringer Tarifbindung Mindestlöhne festgesetzt werden. Ein ständiger Hauptausschuß soll prüfen, ob in einer solchen Branche soziale Verwerfungen vorliegen und in welcher Höhe Mindestlöhne festgesetzt werden sollen. Damit sollen 3,6 Mio statt bisher 1,8 Mio Arbeitnehmer Mindestlöhne erhalten.

Gültige Tarifverträge unterhalb des Mindestlohns sollen aber weitergelten, bis sie ihre reguläre Geldungsdauer erreicht haben. Damit kann der Gesetzentwurf ausgehebelt werden. Über die Höhe des Mindestlohniveaus wurde nichts festgelegt.

Quelle: FAZ 17.7.08, SVZ 17.7.08

Bio-Kraftstoffe

Nach einer Studie der OECD trägt die Biokraftstoffproduktion nur minimal zum Klimaschutz bei, verursache aber durch Subventionen jährliche Kosten in zweistelliger Milliardenhöhe. Würden die Pläne der EU und der USA umgesetzt, werden 20% der jährlichen weltweiten Pflanzenölproduktion und 13% der jährlichen weltweiten Getreideproduktion für Kraftstoffe verwendet. Dadurch erhöhten sich die Preise für Agrarprodukte um bis zu 75%. Durch die erhöhten Rohölpreise würden sich die mittleren Preise für Weizen, Mais und Pflanzenöl weiter um 5,7% bzw. 19% erhöhen.

Quelle: VDI-N 18.7.08

Hartz4-Kompromiß

Nachdem Ende 2007 das BVerfG das System der 353 ARGEN als verfassungswidrige Mischverwaltung verworfen hat, soll nun das Grundgesetz geändert werden. Darauf verständigten sich Bund und Länder. Offen ist auch, ob Kommunen gezwungen werden können, eine Mischverwaltung mit dem Bund einzugehen. 21 Landkreise praktizieren ein Modell der getrennten Aufgabenwahrnehmung. 69 Kommunen betreuen Langzeitarbeitslose in Eigenregie. Für diese soll es eine Bestandsgarantie geben. Besonders die Städte haben besonders hohe Sozialkosten und sind auf die Finanzierung der Langzeitarbeitslosigkeit durch den Bund mit 35 Mrd Euro angewiesen. Die Kommunen zahlten zur Zeit 10 Mrd Euro für Unterkunftskosten und 500 Mio Euro für Verwaltungs- und Personalkosten. Bis Ende 2010 muß eine neue Lösung umgesetzt werden.

Die Bundesagentur für Arbeit hat 2007 mehr als 100.000 der 7 Mio Hartz4-Empfängern das ALG2 gekürzt. Das entspricht 3,5% aller Bezieher. Seit 2007 kann ALG2-Beziehern die Leistung nach einem Pflichtverstoß um 30%, nach 2 Pflichtverstößen um 60% und nach 3 Pflichtverstößen innerhalb eines Jahres um 100% gekürzt werden.

Quelle: FAZ 16.+19.7.08

1-Euro-Jobs

Nach Prof. Wegener vom Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD waren im Jahr 2007 durchschnittlich 300.000 Menschen in einem Ein-Euro-Job beschäftigt. Allerdings gelinge es den wenigsten anschließend auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Diese Arbeitskräfte werden als Hilfskräfte beschäftigt. Dabei sind sie weniger als 1 Jahr beschäftigt, so daß sie nur gerade mal eingearbeitet sind. Eine Qualifizierung findet nicht statt. Daher kann so die Arbeitslosigkeit nicht überwunden werden.

Quelle: MKZ 27.7.08

Förderalismus-Reform, Teil 2

Bei den Verhandlungen zur Förderalismus-Reform sind Bund Länder und Kommunen zu keinem Ergebnis gekommen. Nachdem sich weder CDU noch SPD in der Frage der Begrenzung der Neuverschuldung durchsetzen konnten, soll es nun einen „Konsolidierungspakt“ geben, der die Spitzen der Zinslasten abmildern soll. Bis zu 1,2 Mrd Euro sind dafür jährlich vorgesehen, die Hälfte davon vom Bundshaushalt. Ins Grundgesetz soll eine Schuldengrenze eingeführt werden.

Quelle: SVZ 24.6.08

US-Finanzkrise spitzt sich zu

Die US-Investmentbank Lehman-Brothers hat Gläubigerschutz beantragt. Weitere US-Banken sind überlebensgefährdet.

Quelle: tagesschau.de 15.9.08

Stromnetze

Die Internationale Energieagentur (IEA) unterstützt die von der EU-Kommission geforderte Trennung von Energienetzen und Stromerzeugern. Dies sei fundamental für den Ausbau der Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen sei. Die bisherigen monopolartigen Eigentümerstrukturen erschweren den Marktzugang für neue Anbieter. Auf Forderung von Deutschland und Frankreich wurde die Trennung von Netz und Energieerzeugung verhindert.

Quelle: VDI-N 12.9.08

Doha-Runde

Die Doha-Runde der Welthandelsorganisation Ende Juli scheiterte mit dem Versuch, die Einfuhrzölle weltweit massiv abzusenken. Diese Konferenz scheiterte erneut, weil sich die USA und Indien nicht auf einheitliche Agrar-Schutzklauseln für Grundnahrungsmittel einigen konnten. Auf diesem Weg sollte es möglich sein, beim Anstieg der Einfuhrmengen oder dem Fall der Preise die Einfuhrzölle auf Lebensmittel zu erhöhen.

Auch China, Frankreich, Italien und die Schweiz stellten sich gegen eine weitere Öffnung der Agrarmärkte.

Auch bei den Industriegütern dringen die Industriestaaten auf einen Abbau der Einfuhrzölle. Schwellenländer wie Brasilien, China und Indien lehnen dies ab.

Quelle: NOZ 30.7.08, FAZ 30.7.08

Toleranzgrenzwerte für Gen-Nahrung

Die EU-Gesundheitskommissarin Androulla Vassiliou will Grenzwerte einführen bis zu denen die Einfuhr mit Gentechnik kontaminierter Lebens- und Futtermittel erlaubt sein soll. Dann brauchen importierte Lebens- und Futtermittel, in denen „zufällig“ genveränderte Bestandteile enthalten sind nicht mehr gekennzeichnet werden. Grund ist die von Agrarlobbyisten verbreitete falsche Behauptung, daß nicht genug gentechnikfreie Futtermittel vorhanden seien.

Quelle: NOZ 21.7.08

EU-Feinstaub-Urteil

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in einem Urteil entschieden, daß Anwohner das Recht haben, bei der Überschreitung der Grenzwerte von schädlichem Dieselruß die Umweltauflagen auch verschärft durchzusetzen.

Quelle: NOZ 28.7.08

Weichmacher

Gilbert Schönfelder, Toxikologe an der Uni Würzburg, hat mit dem Umweltbundesamt und anderen Wissenschaftlern einen Brief an die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) geschickt, in dem er die Überprüfung der schädigenden Wirkung durch den Weichmacher „Bisphenol A“ einfordert. Dieser Stoff ist häufig in Kunststoffflaschen und Lacken enthalten. Tierversuche an Ratten haben gezeigt, daß dieser Stoff wie ein Hormon wirkt und Fehlbildungen verursacht. Inzwischen sei die Chemikalie auch im Blut nachgewiesen worden.

Die Gesellschaft für Toxikologie bestreitet die Richtigkeit der vorgelegten Studien, aber die für die Kritik verantwortlichen Mitglieder stehen auf der Gehaltsliste von Bisphenol-A-Produzenten.

Quelle: FAZ 10.9.08

neues Gendiagnostik-Gesetz

Ende August hat die Bundesregierung einem Entwurf für ein Gendiagnostik-Gesetz zugestimmt. Damit sollen Arbeitnehmer und Versicherungskunden vor dem Zugriff auf DNA-Daten und Vaterschaftstests geschützt werden. Die DNA-Proben dürfen nach diesem Gesetz für die Forschung und die Strafverfolgung verwendet werden. Das dient auch als gesetzliche Grundlage, um über Abstammungstests die deutsche Abstammung nachzuweisen. Dies ist gängige Praxis der Ausländerbehörden und Botschaften, wenn der Familiennachzug beantragt wurde und die vorgelegten Dokumente nicht ausreichen.

Quelle: GeN 16.9.08

Atommülllager

Das marode Atommülllager Asse soll an das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) übergeben werden. Das Atommülllager in Niedersachsen wurde bisher als „Forschungsbergwerk“ der Helmholtz Gemeinschaft betrieben.

Aus dem einsturzgefährdete und radioaktiv verseuchten ehemaligen Salzbergwerk tritt immer Radioaktivität aus. Ein Untersuchungsausschuss des niedersächsischen Landtags dazu wurde aber von der SPD-Fraktion abgelehnt.

Der CDU-Fraktionschef Kauder will jetzt das Atommülllager Gorleben durchsetzen.

Quelle: dpa 11.+14.9.08

geplante Preiserhöhung der Bahn

Die Ticketpreise der Bahn sollen ab Mitte Dezember um bis zu 3,2 % teurer werden. Die Verbraucherzentralen sehen einen Zusammenhang zwischen der geplanten Preiserhöhung und dem für Herbst angestrebten Börsengang.

Quelle: dpa 19.8.08, sonnenseite.com 10.8.08

Lebensmittel unzulässig bestrahlt

Trotz eng gesetzter Grenzen für die Bestrahlung von Lebensmitteln gelangen weiterhin unzulässige Produkte in den Handel. Das BVL beanstandete im Jahr 2007 rund zwei Prozent von 3744 genommenen Proben.

Etwa die Hälfte der bemängelten Proben sei «unzulässig bestrahlt» worden - darunter vor allem Nahrungs-Ergänzungsmittel wie Vitamin- und Brausetabletten, aber auch frisches Obst, getrocknete Steinpilze aus Serbien, tiefgefrorene Süßwasserschnecken aus Vietnam sowie chinesisches Kaninchenfleisch. In Deutschland dürfen nur getrocknete aromatische Kräuter und Gewürze bestrahlt verkauft werden.

In Deutschland selbst wurden im Jahr 2007 rund 330 Tonnen Lebensmittel bestrahlt. Davon waren 110 Tonnen für den Verzehr in Deutschland und anderen EU-Staaten zugelassen.

Quelle: dpa 9.9.08

EU will weniger Biosprit

Als Folge der Nahrungsmittelkrise will die Europäische Union künftig weniger auf Biosprit aus essbaren Pflanzen setzen. Mit 50:2 Stimmen forderte der Industrieausschuss des Europa-Parlaments, das von den Staats- und Regierungschefs der EU vereinbarte Biosprit-Ziel von 10% auf 6 % abzusenken

Quelle: dpa 11.9.08

Nahrungsmittel-Allergien

Nahrungsmittel-Allergien werden häufig nicht erkannt. In Deutschland leiden bis zu 7 % der 5- bis 15-Jährigen an Neurodermitis, bis zu 12 % an Asthma und bis zu 15 % hätten Heuschnupfen. Inzwischen leidet bereits jeder dritte Erwachsene an einer Allergie. Am häufigsten sind dabei die Atemwegs-Allergien.

Quelle: dpa 10.9.08

Schutz von Wiesen und Weiden

Von 2003 bis 2007 sei der Grünlandanteil an der Agrar- Nutzfläche um drei Prozent auf 4,87 Millionen Hektar zurückgegangen. Der NABU fordert daher Förderprogramme zur Weidehaltung von Rindern, eine Erhöhung der Prämien für extensive Grünlandnutzung sowie ein Acker-Umbruchverbot für Weideland.

Quelle: dpa 9.9.08

resistente Bakterien

Der Präsident des Robert Koch-Instituts, Professor Jörg Hacker, hat vor einer Zunahme der Antibiotikaresistenzen gewarnt. Der Anstieg bestimmter Antibiotika-resistenter Krankenhauskeime ist zwar fast gestoppt, bewegt sich aber dennoch auf einem relativ hohen Niveau.

Quelle: dpa 13.9.08

Pflanze vom Klimawandel bedroht

Bis 2080 wird durch den Klimawandel jede fünfte Pflanzenart Teile ihres heutigen Verbreitungsgebietes verlieren. Als Folge des Klimawandels werden die Vorkommen der Arten neu verteilt.

Untersucht wurden die Verbreitungsgebiete von insgesamt 845 europäischen Pflanzenarten, von denen 550 derzeit auch in Deutschland vorkommen.

Selbst bei moderatem Klimawandel mit Temperaturerhöhungen von 2,2 - 3,8 Grad und geringen Veränderungen der Landnutzung sei damit zu rechnen, dass die Flora geschädigt werde. Vor allem im Südwesten und im Osten Deutschlands könnte sich die Vegetation stark verändern. Die Untersuchung zeigt, wie wichtig es ist, die Erwärmung auf zwei Grad Celsius über das vorindustrielle Niveau zu begrenzen, um eine große Biodiversität der pflanzlichen Artengemeinschaft erhalten zu können.

Zu den Verlierern werde etwa die Fichte gehören, die an kühle und feuchte Bedingungen angepasst ist. Trockenstress macht diese Baumart dann anfälliger für Schädlinge und Sturmschäden.

Umgekehrt werde es allerdings auch zur Zuwanderung von Arten aus Mittel- und Südeuropa kommen, die bisher hier nicht heimisch waren.

Quelle: sonnenseite.com 11.08.2008

Menschliche Landnutzung lässt Ökosystemen keinen Platz

Mit Hilfe von geografischen Informationssystemen wurde festgestellt, dass der enorme Flächenbedarf für menschliche Landnutzung den Ökosystemen unserer Erde immer weniger Raum zum Leben lässt. Heute verbrauchen die Menschen durch ihre Landnutzung bereits über 20 % der natürlichen Biomasseproduktion der Erde.

Quelle: sonnenseite.com 11.08.2008

Ostsee in schlechtem Zustand

Die Maßnahmen zum Schutz der gefährdeten Ostsee sind in allen neun Anrainer-Staaten "mangelhaft". Der WWF untersuchte die Fortschritte, die die Staaten im Kampf gegen die Zerstörung, Überfischung, die Einleitung von Umweltgiften, die Folgen der Schifffahrt sowie bei der Einführung von Schutzgebieten erreicht haben.

Das beste Ergebnis des neuen Staatenvergleichs erzielte Deutschland, das knapp die Hälfte der vom WWF geforderten Schutzmaßnahmen verwirklicht hat. Am Ende der Rangliste liegt Polen mit einer Umsetzungsquote von nur 25 Prozent. Kein Land schützt die Ostsee umfassend.

Jedes Jahr werden über eine Mio. Tonnen Nährstoffe eingeleitet, die wie in diesem Jahr eine unnatürlich starke Algenblüten verursachen. Schon auf 42.000 Quadratkilometern des Meeresbodens, einer Fläche von nahezu der Größe Dänemarks, herrscht dauerhaft Sauerstoffmangel. Ähnliche Prozesse lassen sich derzeit auch im Golf von Mexiko beobachten. Dort droht Massentiersterben.

Durch das intensive Düngen in den Spätfrühlingsmonaten gelangen alljährlich große Mengen von Düngemittel in die Meere. Die Belastung mit Umweltgiften wie Dioxin oder Polychlorierten Biphenylen (PCBs), die in Heringen oder Lachsen gemessen wird, liegt in einigen Regionen noch immer über den EU-Grenzwerten.

Quelle: sonnenseite.com 30.08.2008

Tiermehlverfütterung

Die Verfütterung von Tiermehl an Rinder und Schweine ist europaweit verboten, um die Übertragung von BSE zu verhindern. Auch der Export ist strengstens untersagt. Gegen dieses Verbot wird jedoch massiv verstoßen. So hat foodwatch kürzlich illegale Exporte von Rindertiermehl aus Deutschland nach Malaysia aufgedeckt. Das Rindertiermehl sollte dort wieder an Nutztiere verfüttert werden .

Quelle: foodwatch.de 22.08.2008

Umweltinstitut fordert Uran-Grenzwert für Dünger

Angesichts der regionalen Uran-Belastung des Trinkwassers hat das Hamburger Umweltinstitut einen Uran-Grenzwert für Dünger gefordert.

Für Uran in Kunstdünger gibt es keinerlei Grenzwerte. Da es sich nicht abbaut, wächst das Problem weiter: Uran gelangt in den Boden, ins Grundwasser, sammelt sich in den Nahrungspflanzen und gelangt damit in die Lebensmittel.

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen hat einen Trinkwasser-Grenzwert vorgeschlagen, der sich am Grenzwert für Säuglingsnahrung orientiert: zwei Mikrogramm Uran pro Liter. Die Verbraucherorganisation Foodwatch verlangte eine Informationspflicht auf der Wasserrechnung, sobald der Uran-Wert über dieser Obergrenze liegt.

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) sieht keinen generellen Grund zur Sorge. In Gegenden mit Werten von mehr als zehn Mikrogramm pro Liter riet es aber Eltern von Säuglingen, für die Anfangsnahrung vorsorglich Mineralwasser zu verwenden.

Foodwatch hatte auf Basis von Länderangaben von 2006 festgestellt, dass 150 von 8200 Wasser-Messdaten über dem unverbindlichen Richtwert des Umweltbundesamtes von zehn Mikrogramm liegen, vor allem in Bayern und Baden-Württemberg. Bei anhaltender Aufnahme höherer Uran- Konzentrationen kann es zu Nierenschäden und Krebs kommen. In Gegenden mit natürlichem Uranvorkommen kann der Richtwert des Umweltbundesamtes von 10 Mikrogramm pro Liter Trinkwasser schon einmal um fast das Vierfache überschritten werden. Wegen der Beschaffenheit des Gesteins gibt es vor allem in Bayern höhere Messwerte. Der Ort Maroldsweisach in Franken war bundesweit Spitze bei den Daten der Länder, die die Verbraucherorganisation Foodwatch veröffentlicht hat. Dort wurden im Jahr 2006 knapp 40 Mikrogramm Uran pro Liter gemessen. Die Gemeinde will reagieren.

Quelle: dpa 6+7.8.08

Fischindustrie und Beifang

88 % der europäischen Fischereizonen sind bereits überfischt. Trotzdem werden jährlich 1,4 Mio. Tonnen Fisch-Beifang ungenutzt und verendet wieder ins Meer zurückgeworfen.

Fische, die in den großen Netzen landen, sind beim Einholen der Netze bereits tot. Von der Welternährungsorganisation FAO wird die Beifang-Problematik als eines der größten Probleme der kommerziellen Fischerei gesehen.

Norwegen hat es als einziges Land Europas geschafft, diese Beifang-Problematik einigermaßen zu lösen. Das Überbordwerfen von Beifängen ist dort verboten, andererseits sind Fischer dazu verpflichtet, in bestimmten Regionen, in denen die Beifangrate besonders hoch ist, nicht mehr zu fischen. Damit wird zunächst einmal das Risiko großer Beifangquoten minimiert.

In Norwegen liege die Beifangrate bei unter 4 %, in den EU-Gewässern bei 14,6 %.

Kleinere Fischkutter fangen in der Regel weniger Beifang als große Trawler.

Häufig werden weniger wertvolle Fische, die aber dennoch verkauft werden könnten, als wertlose Fracht über Bord gekippt, um wertvolleren Arten im Kühlraum der Schiffe Platz zu machen.

Quelle:sonnenseite.com 05.09.2008

Einnahmen aus Umweltsteuern

Etwa 54,2 Mrd Euro hat der Staat im Jahre 2007 an Steuern auf Kraftstoffe, Energie und Kraftfahrzeuge kassiert. Das war etwas weniger als 2006. Von diesen umweltbezogenen Steuern seien knapp 39 Mrd Euro auf die Energiesteuer entfallen. Fast unverändert bei 8,9 Mrd Euro blieben die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer. Die Einnahmen aus der Stromsteuer stiegen etwas auf 6,4 Mrd Euro.

Hauptgrund für den Rückgang der Einnahmen war der niedrige Heizölverbrauch wegen der milden Witterung. 2007 seien 40% weniger leichtes Heizöl versteuert worden als im Jahr zuvor. Bei Benzin und Diesel sei die verbrauchte Menge insgesamt fast gleich geblieben.

Allein die Energiesteuer-Befreiung beim Flugbenzin kostet die Steuerzahler knapp 7 Mrd Euro jährlich. Die geltenden Regeln für die Dienstwagenbesteuerung begünstigten Oberklasse- und Geländewagen. Etwa die Hälfte aller Neuwagen werden als Dienstwagen zugelassen, bei Oberklassewagen mit besonders hohem Verbrauch und bei Geländewagen seien es sogar 70%. Von den Dienstwagen werden 60% anteilig oder ausschließlich privat genutzt.

Mit der Ökologischen Steuerreform wurde 1999 die Stromsteuer eingeführt und eine schrittweise Erhöhung der Mineralölsteuersätze 1999 bis 2003 beschlossen worden. Die Steuersätze (ohne Mehrwertsteuer) liegen derzeit zum Beispiel für unverbleites und schwefelarmes Benzin bei 65 ct/l, für schwefelarmen Dieselmotorkraftstoff bei 47 ct.

Die 2005 eingeführte LKW-Maut für die Benutzung der Autobahnen, die 2007 rund 3,3 Mrd Euro einbrachte, ist nicht in den umweltbezogenen Steuern enthalten.

Quelle: dpa 8.7.08, co2-handel.de 25.8.08

EU-Klimaschutzziele

Den Vorschlag von Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy für eine CO₂-Steuer auf importierte Produkte mit niedrigeren Umweltstandards lehnte Umweltminister Gabriel ab. „Wir halten nichts vom französischen Vorschlag der CO₂-Importsteuer“, sagte er. „Das hilft unserer Industrie, die auf den internationalen Märkten agieren will, überhaupt nicht, sondern führt nur zu Handelsauseinandersetzungen.“

Ende 2009 soll in Kopenhagen ein Nachfolge-Abkommen zum Kyoto-Protokoll beschlossen werden. Im Dezember dieses Jahres findet im polnischen Posen eine wichtige Konferenz zur Weichenstellung statt. Dann will die EU ihre Pläne auf den Verhandlungstisch legen können. Kann das Klimapaket bis dahin nicht beschlossen werden, fahren die EU-Staaten mit leeren Händen nach Posen.

Quelle: dpa 2.7.08

G8-Gipfels in Toyako

Auf dem G8-Gipfels im japanischen Toyako wurde das Ziel beschlossen, den CO₂-Ausstoß weltweit bis zum Jahr 2050 zu halbieren. Nach langem Widerstand hatte US-Präsident George W. Bush zugestimmt, den Ausstoß schädlicher Treibhausgase bis 2050 mindestens zu halbieren. Das geht weit über die Festlegungen des 2007er Gipfels von Heiligendamm hinaus. Es gelang aber auf der Konferenz aber nicht, für das Halbierungsziel das Basisjahr 1990 festzuschreiben oder Zwischenziele zu setzen.

Die Klimaverhandlungen beziehen sich immer als Basisjahr für Reduktionsziele auf den Treibhausgasausstoß von 1990. Seitdem ist der Ausstoß aber dramatisch angestiegen. Bezieht man deshalb die Halbierung der Treibhausgase weltweit zum Beispiel auf das heutige Niveau, dann verringert sich die Reduktion auf ein Drittel.

Quelle: dpa 8.+10.7.08, Greenpeace 8.7.08

Bevölkerungswachstum

Mehr als 6,7 Mrd Menschen leben heute auf der Erde. Die Bevölkerung wächst vor allem in den ärmsten Ländern der Welt. Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung rechnet mit sieben Milliarden Menschen in den nächsten vier Jahren. Die Einwohnerzahl Deutschlands wird bis zur Jahrhundertmitte um elf Millionen schrumpfen. Die Bevölkerung entwickelt sich regional stark unterschiedlich.

Auf dem afrikanischen Kontinent wächst die Zahl der Menschen prozentual am stärksten: Voraussichtlich bis 2050 wird sie sich von heute 944 Mio auf knapp 2 Mrd Menschen mehr als verdoppeln. Asien wird im gleichen Zeitraum um 1,3 Mrd Menschen wachsen, davon 600 Mio allein in Indien. Lateinamerika wird 215 Millionen Menschen hinzugewinnen.

Quelle: sonnenseite.com 13.07.2008

Point of no return

Bis spätestens 2030 muss die Menschheit den Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung geschafft haben, sonst wird der "Point of no Return", der Kipppunkt, mit ziemlicher Sicherheit überschritten. Das stellt der NASA-Wissenschaftler James E. Hansen in einer im Juni 2008 veröffentlichten Studie fest.

Dr. James E. Hansen vom Goddard Institut der NASA war der erste Forscher, der vor fast genau 20 Jahren am 23. Juni 1988 - vor der Bedrohung durch den Klimawandel warnte.

Jetzt legt er eine neue Studie vor, die die Gefahren noch sehr viel präziser einschätzt. Hansen schreibt: „Der CO₂-Gehalt muss auf mindestens 350 ppm dauerhaft reduziert werden, um katastrophale Entwicklungen zu vermeiden.“

Die Gefahr liegt darin, dass unbemerkt immer weitere positive Rückkopplungen in Gang gesetzt werden. Eine positive Rückkopplung besteht z.B. darin, dass beim Abtauen der arktischen Eismasse das dunkelblaue Meerwasser die Sonnenstrahlung nicht so gut reflektiert wie das weiße Eis vorher. Wenn weitere positive Rückkopplungen hinzukommen, hilft schließlich auch eine völlige Beendigung der antropogenen Treibhausgasemissionen nichts mehr.

Dann wird ein sogenannter "Kipppunkt" überschritten. Das Klima kippt endgültig. Es setzt eine Entwicklung ein, die absolut unkontrollierbar ist, so die Wissenschaftler.

Ein neues Hintergrundpapier des Umweltbundesamtes (UBA) fasst den Kenntnisstand zu möglichen Gefahren drastischer Klimaänderungen zusammen.

Schon bei relativ geringen Temperaturanstiegen kann das Klimasystem bereits sogenannte „Kipp-Punkte“ erreichen, bei denen es zu abrupten und drastischen Änderungen kommt. Solche Kipp-Punkte wurden bereits in der Klimageschichte der Erde nachgewiesen.

Quelle: UBA, SFV, sonnenseite.com 9.+30.7.08

Patent auf Schweine

Trotz umstrittener Rechtslage und internationaler Kritik hat das Europäische Patentamt in München am Mittwoch ein Patent auf ein Verfahren zur Zucht von Schweinen erteilt. Das Patent bezieht sich auf Erbanlagen, die alle europäischen Schweinerassen aufweisen.

Mit Patenten wie diesem können Konzerne die Tierzucht in Europa weitgehend monopolisieren. Das Europäische Patentamt hat ein Patent erteilt, das auf normaler Zucht beruht und keinerlei erfinderische Leistung beinhaltet.

Das Patent, welches das Weltpatentamt bereits im Februar 2005 verzeichnete, umfasst die Erzeugung von schneller wachsenden Schweinen. Ursprünglich von Monsanto angemeldet, ist es derweil in den Besitz des US-Unternehmens Newsham Choice Genetics übergegangen. Die beiden Konzerne planen eine enge Zusammenarbeit.

Patente auf im Wesentlichen biologischen Verfahren zur Züchtung von Pflanzen und Tieren sind laut Europäischen Patentgesetzen sogar verboten.
Quelle: Greenpeace, 16.7.08

Georgien-Konflikt

Die heutigen Konflikte sind immer noch eine Folge der Nationalitätenpolitik von Stalin (ein Georgier), die die gezielte Destabilisierung von Regionen durch Grenzziehungen anstrebte, um die vorhandenen Nationalitätenkonflikte zu verstärken. Dadurch sollten der Regierung in Moskau immer neue Einmischungsmöglichkeiten geliefert werden. Damit kann sich Russland heute als "Schutzmacht" irgendwelcher Minderheiten immer wieder einmischen.

Vor dem Militärkonflikt gab es bereits zunehmende Schußwechsel zwischen Separatisten im georgischen Südossetien (die sich mit dem russischen Nordossetien vereinigen wollen) und georgischen Truppen. In Südossetien gibt es einen international nicht anerkannten Präsidenten Eduard Kokojty. Dieser hat Russland offiziell um bewaffneten Beistand ersucht. Südossetien brachte kurz vor dem Militärkonflikt weiter Kinder ins benachbarte Russland in Sicherheit. Dafür wurden angeworbene Söldner von Russland nach Südossetien gebracht. Das deutet auf einen geplant verschärfen Konflikt durch Russland hin. Moskau hat die militärische Intervention in der zu Georgien gehörenden Provinz damit begründet, dass dort die Rechte von Inhabern russischer Pässe verletzt würden. Russland hat in Südossetien und in Abchasien sehr freizügig russische Pässe verteilt, um seinen Einfluss zu erhöhen.

Bei den Kämpfen im Südkaukasus hat Russland nach offiziellen Angaben aus Tiflis bislang 15 Städte in Georgien bombardiert. Über Vermittlung der EU kam es nach 9 Tagen zu einem Waffenstillstand.

Der georgische Präsident Michail Saakaschwili hatte wiederholt betont, seinen Anspruch auf Südossetien notfalls militärisch durchzusetzen. Präsident Saakaschwili gewann nach Meinung internationaler Beobachter die Wahl vor allem durch Betrug. Präsident Bush setzte sich auch für Georgien ein, wo eine "demokratische, vom Volk gewählte Regierung bedroht" sei.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist der Südkaukasus zu einem Spielball Russlands und der USA geworden. Beiden Seiten geht es um die Sicherung von Transportwegen etwa für Öl- und Gas. Die Ölpipeline Baku-Tiflis-Ceyhan (BTC) hat eine Pumpkapazität von einer Million Barrel (je 159 Liter) täglich. Es ist die einzige Leitung, die in Umgehung Russlands Energieträger aus dem Kaspischen Meer in Richtung Westen transportiert. Georgien will in die NATO und die EU eintreten. In Georgien sind Truppen der USA stationiert. Georgien hat jetzt seinen Austritt aus der GUS erklärt.

Quelle: dpa, 8.-16.8.08